

Editorial

Einen kleinen Einblick in unsere Themen bietet die neue Ausgabe unserer Eigenproduktion *Friedlicht*: Wir berichten über die **Arbeitsgemeinschaft der Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz**, die den rheinland-pfälzischen Friedenspreis vergibt.

Wir schildern die Situation und die Geschichte des ersten uns bekannten **Kriegsdienstverweigerers in Ägypten**.

Wir erinnern an den Tod von **Erwin Tinz** vor 30 Jahren.

Ihr findet eine Nachlese zu einer Seminarreihe zu dem **Umgang mit dem Islam**.

Natürlich freuen wir uns über die **Aussetzung des Kriegsdienstzwangs**. Wir fordern weiter die Abschaffung dieser menschenverabscheuenden Zwangsarbeit bei uns und in anderen Ländern - logisch.

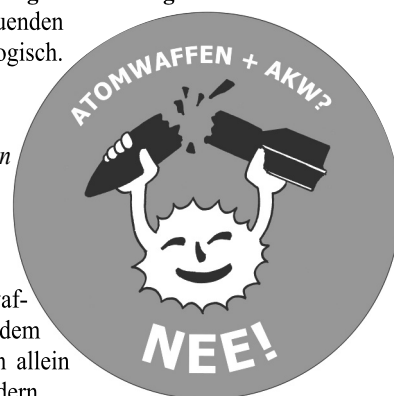
Friedlich denken allein ändert nichts!

Viel Spaß beim Lesen wünschen Euch

die *DFG-VK Gruppen Mainz und Wiesbaden*
und die *DFG-VK Hessen*

Atomkraft

Wer AKWs betreiben kann, kann mit wenig Aufwand Atomwaffen herstellen. Der militärische Einsatz der Kernenergie ging dem Einsatz der Kernenergie zur Energieerzeugung voraus. Schon allein deshalb ist es Wahnsinn, diese Technik einzusetzen und zu fördern.



Diese Großpuppe

kam bei der Kampagne "Schulfrei für die Bundeswehr" zum Einsatz. Rheinland-Pfalz hat 2010 eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr unterzeichnet. Warum versucht die Bundeswehr, sich immer massiver an Schulen zu präsentieren? Warum kämpfen die DFG-VK und andere Gruppen dagegen? Hintergründe und Informationen gibt es z.B. unter:

www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de

Kämpfe, Kämpfer – und Opfer Bemerkungen zu Libyen und anderswo

Plötzlich ist alle Welt wieder Teil der Friedensbewegung. Entschlossen sagen wir nein zur verbrecherischen Aggression und sind sowieso der Gewaltlosigkeit zutiefst verpflichtet. Ein Lichtblick?

Wohlklingende Friedensrhetorik allerorten, um die Sympathien der Öffentlichkeit für eine der Kriegsparteien zu gewinnen, die selbstredend die Freiheit verteidigt, die Demokratie oder sonst einen unantastbaren höheren Wert, der jedes Opfer rechtfertigt. Schuld sind die andern, und der Feind meines Feindes ist mein Freund. Ist er das - oder sie?

Alte, neue oder zukünftige Machthaber heizen den Konflikt an, in der Hoffnung auf militärischen Sieg und eigenen Vorteil. Die Leidtragenden der Auseinandersetzung, die in der Konfliktregion wohnenden Menschen, zahlen die Zeche - mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit.

Für eine Friedensbewegung, die ihre Grundsätze ernst nimmt, bedeutet Solidarität mit der Bevölkerung:

- Konflikte deeskalieren und auf diplomatischem Weg lösen, neutrale Schlichter einsetzen
- Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf allen Ebenen fördern
- Handlungsräume für zivile Hilfsorganisationen schaffen
- Flüchtlingen Asyl gewähren, die Abschottung der Festung Europa beenden
- Gruppen und Organisationen unterstützen, die sich für diese Ziele einsetzen
- jedwede Einmischung und Drohung von außen beenden

Aktuelle und ausführlichere Informationen finden Interessierte unter anderem hier:

www.dfg-vk.de/thematisches/aktuelle-kriegsgebiete/2011/606

www.imi-online.de/2011.php?id=2258



Erster Kriegsdienstverweigerer in Ägypten Ihm drohen drei Jahre Haft wegen Kritik am Militär

Maikel Nabil Sanad hatte am 20. Oktober 2010 erklärt: „Ich habe sehr viel darüber nachgedacht. Meine Entscheidung ist, dass ich die Ableistung des Militärdienstes verweigern werde. Ich werde die Konsequenzen tragen, was auch immer das bedeutet, obwohl ich weiß, dass die Konsequenzen Leid bedeuten, weil ich der erste ägyptische Jugendliche bin, der den Militärdienst aus pazifistischer Überzeugung verweigert. (...) Meine Worte bedeuten aber nicht, dass ich ein Militärdienstentzieher bin. Ich verweigere, ich entziehe mich nicht. Ich lebe unter der Adresse, die in meinem Ausweis steht und der Rekrutierungsbehörde und dem Militär bekannt ist. Sie steht auch in meinem Schreiben an den Verteidigungsminister, den Premierminister, den Präsidenten beider Parlamente und den Präsidenten der Republik. Ich verstecke mich nicht irgendwo, so dass mich die ägyptische Polizei verhaften könnte. Ich bin bereit dazu, mich der Justiz auszuliefern, wenn ich darüber informiert werde, dass ich gesucht werde.“

Entsprechend seiner Erklärung folgte Maikel Nabil Sanad im Oktober 2010 nicht der Einberufung zum Militärdienst. Am 12. November wurde er vom Geheimdienst verhaftet, zum Militär gebracht, für untauglich erklärt und nach zwei Tagen wieder freigelassen. Kurz darauf erhielt er seine offiziellen Entlassungspapiere.

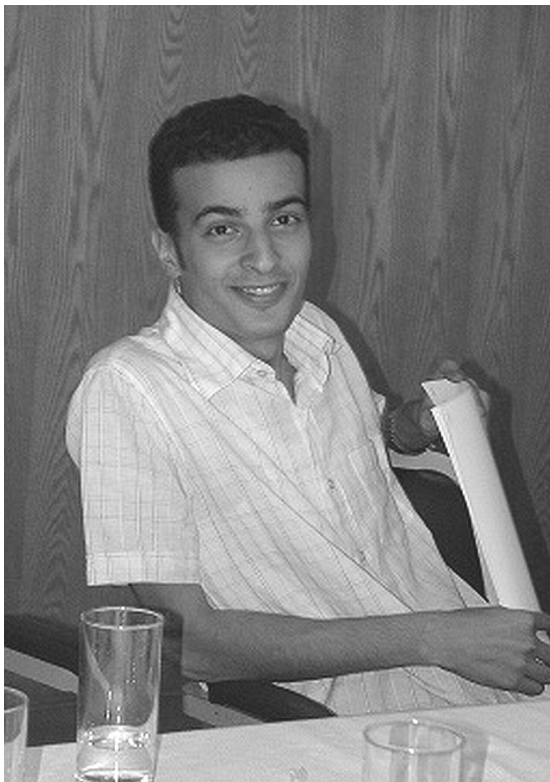
Begegnung in Kairo

Am 4. Januar 2011 trafen wir, eine Mini-delegation der DFG-VK Hessen, mit Maikel am Flughafen von Kairo zusammen. Nach zwei Wochen Rundreise durch Ägypten auf den Spuren der Vergangenheit war dieser Gegenwartsbezug eine willkommene Ergänzung, kurz nach den Anschlägen auf eine große koptische Kirche in Alexandria. Vorher hatten wir Gelegenheit mit den ägyptischen Reiseleitern über die politische Situation im Land zu sprechen, von den Anschlägen erfuhren wir am ersten Januar in Luxor und das Entsetzen war auch bei unseren Begleitern zu spüren. Wir erfuhren vieles über die soziale und ökonomische Ungleichheit im Land, die Armut, Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit mit dem Regime. Viele Ägypter waren geschockt, da das Nebeneinander verschiedener Religionen von der Mehrheit nicht als problematisch angesehen wird.

Als wir mit Maikel in seiner Kairoer Jungesellenwohnung diskutierten, war ich positiv überrascht von seiner derzeitigen Analy-

se, also noch bevor es dort richtig los ging.

Er war überzeugt, dass etwas passieren müsse, dass es nicht nur um diesen einen Anschlag gehe, sondern um die Rechte und die



Freiheit im Land; es gäbe keine Demokratie und es sei das erste Mal seit zwei Jahren, dass die Polizei wieder auf DemonstrantInnen schießen würde. Nach dem Bombenanschlag gingen viele Menschen auf die Straßen: in Kairo, Assiut und Mansura, um einige Städte zu nennen. Das war neu auch für die koptischen ChristInnen, die zuvor ausschließlich innerhalb der Kirche protestiert hatten. Der Papst der Kopten bekannte sich zu Mubarak.

Es zeichnete sich hier schon ab, dass der Protest ein übergreifender sein würde. Es gehe nicht um Religionen, sondern darum, demokratische Strukturen zu entwickeln. Immerhin braucht mensch die Erlaubnis des Staates, um politisch aktiv sein zu dürfen, eine sog. party licence, ohne die politische Aktionen strafbar sind.

Maikel vertrat die Ansicht, dass die Regierung das Problem sei und die Religionsgemeinschaften gegeneinander hetzt, um von sich abzulenken; das Mubarak-Regime habe ausgedient.

Im Hinblick auf seine Kriegsdienstverweigerung äußerte ich meine Überraschung, dass er nach zwei Tagen Arrest als freie zivile Person von der Armee entlassen wurde. Wir erklärten uns diese Reaktion mit der Ver-

meidung irgendwelchen Aufsehens kurz vor den Wahlen. Es hätte vielleicht Nachahmer gegeben, wenn Maikel als kriminalisierter Kriegsdienstverweigerer Aufmerksamkeit und Solidarität erfahren hätte.

Ägyptische Gruppe gegen Zwangsmilitärdienst

Er ist nicht der einzige antimilitaristische Aktive in Ägypten, sondern Teil einer Gruppe gegen Zwangsmilitärdienst, der Bewegung „No For Compulsory Military Service“, bestehend aus etwa 30 Personen. Mit der War Resisters' International (WRI) arbeitet er eng zusammen, und er ist interessiert an internationalen Kontakten. Insbesondere sei es wichtig, Erfahrungen in Demotechnik weiterzugeben (das war vor den Massendemonstrationen in Ägypten; inzwischen dürften es die ägyptischen Erfahrungen sein, von denen andere lernen können). Sie suchen ohne ideologische Vorbedingung die Zusammenarbeit mit Gruppen.

Maikel ist Atheist und für eine säkulare Demokratie. Er wendet sich gegen jeden Nationalismus und lehnt die in der arabischen Welt weit verbreitete Feindseligkeit gegen Israel ab. Israel schätzt er als modernen liberalen Staat.

Er spricht sich gegen antisemitische Bestrebungen aus, die das Existenzrecht Israels verneinen, hat Freunde in Israel, arbeitet mit KriegsgegnerInnen in Israel zusammen, lernt selbst Hebräisch und bietet auf seiner Homepage Texte nicht nur in Arabisch und Englisch, sondern auch auf Hebräisch an.

Die „Volksnähe“ des Militärs

Als kurz nach unserem Besuch der zivile gewaltfreie Aufstand gegen Mubarak begann, war Maikel Nabil Sanad dabei.

Am 4. Februar wurde er von der Militärpolizei festgenommen. WRI und DFG-VK forderten sofort zu Protestschreiben auf und machten bei der Ägypten-Demonstration in Frankfurt auf die Festnahme aufmerksam. Nach 29 Stunden kam Maikel wieder frei. Er schrieb unmittelbar nach seiner Freilassung: „Liebe Freunde, der Geheimdienst ließ mich heute Morgen um sieben Uhr frei. Sie schlugen mich, bedrängten mich sexuell und drohten mir mit einem Militärstrafverfahren. Sie drängten mich, in die Armee zu gehen, stahlen meinen Pass und mein Mobiltelefon. Es waren die schlimmsten Tage meines Lebens. Ich denke, sie taten es, um sich an mir wegen meiner Kriegsdienstver-

Die dritte Stufe: Militärgerichtsprozess

Die vom Geheimdienst angedrohte dritte Stufe der Repression ist nun gekommen. In der Nacht vom 28. auf den 29. März wurde Maikel Nabil Sanad verhaftet und in ein Militärgefängnis gebracht. Wegen seiner Militärkritik droht ihm eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren, da er die öffentliche Sicherheit gefährdet und das Militär beleidigt habe.

Besonders skandalös ist, dass er als Zivilist in einem Schnellverfahren von einem Militärgericht abgeurteilt werden soll. Gemäß internationalen Menschenrechtsstandards sollen Zivilpersonen ohnehin nicht von Militärgerichten abgeurteilt werden. Das Menschenrecht auf ein faires Verfahren ist eindeutig verletzt. Das Militär ist in diesem Fall Richter in eigener Sache und gegen einen Kriegsdienstverweigerer und Pazifisten ohnehin voreingenommen. Angesichts des Schnellverfahrens bleibt auch kaum Zeit, die Verteidigung vorzubereiten.

Es ist allzu deutlich, dass das ägyptische Militär willkürlich gegen Kritiker vorgeht. Indem es Maikel Nabil Sanad verfolgt, bestätigt es, dass Maikels Kritik an der Militärrherrschaft voll zutrifft.

Zwei Tage nach seiner Verhaftung trat die neue Übergangsverfassung Ägyptens in Kraft. Sie verspricht Meinungs- und Pressefreiheit. Wenn Maikel Nabil Sanad nicht freigelassen wird, zeigt dies, dass diese Verfassung nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben ist.

Die War Resisters' International (WRI), das internationale pazifistische und antimilitaristische Netzwerk, dem auch die DFG-VK angehört, hat einen Prozessbeobachter nach Kairo entsandt.

Letzte Meldung unmittelbar vor Redaktionsschluss dieses Friedlichts: Die Urteilsverkündung wurde für den 10. April 2011 angekündigt.

Lotta Viktualia

weigerung zu rächen. Ich werde einige Tage brauchen, um mich von diesen schrecklichen Erfahrungen zu erholen..." (Mail vom 5.2.)

Einige Tage später ergänzte er: „Als ich davor über meine frühere Verhaftung schrieb, habe ich diese als gewaltfreien Kampf zwischen mir und dem Regime betrachtet.

Aber diesmal schreibe ich auf eine andere Art, weil dies das erste Mal ist, dass ich mich als Opfer fühle und das erste Mal, dass ich derart stark beleidigt wurde. Ich schreibe diesmal nicht, um Revanche zu nehmen, sondern um die Menschen wissen zu lassen was ihnen bevorsteht, wenn diese Revolution fehlschlägt. Unsere Revolution schützt uns davor, dass derartige Aktionen gegen mich und Euch alle wiederholt werden. (...) Der Geheimdienstbeamte kam und schlug mir ins Gesicht. Und was mich wirklich deprimiert hat, Leute vom Volkskomitee halfen der Armee, mich festzunehmen, weil sie dachten, die Armee sei auf unserer Seite.“

Diese pro-militärische Einstellung teilen viele ÄgypterInnen, wie wir auch bei der Ägypten-Demonstration am 5. Februar in Frankfurt a.M. hören konnten. So war ein Argument gegen die Solidarität mit Maikel, dass das Militär die einzige demokratische Organisation sei, in der die Menschen Gleichberechtigung erfahren, und die größte Gefahr sei die Zersetzung der Armee. Verräter sollten bekämpft werden.

Sechs Jahrzehnte militaristische und nationalistische Indoktrination gehen offensichtlich nicht spurlos an den Menschen vorbei. Auch westliche Medien verbreiten das Märchen des schützenden und volksnahen Militärs, nur weil es nicht gleich geschossen hat. Was diese Volksnähe bedeutet, konnte Maikel Nabil Sanad am eigenen Leib spüren.

Einer der Geheimdienstoffiziere erklärte ihm, dass sie in drei Stufen voringen. Bei der ersten Festnahme im November hätten sie ihn gut behandelt. Jetzt habe er die zweite Stufe erlebt. Wie brutal nach den Schlägen und Misshandlungen bei der zweiten Festnahme die dritte

Stufe aussehen würde, erläuterte der Geheimdienstmann nicht.

„Die Armee und das Volk waren niemals eins“

Nach dem Abgang Mubaraks hat in Ägypten das Militär die Macht behalten. Maikel analysierte, dass es der Revolution zwar gelungen sei, den Diktator loszuwerden, aber nicht die Diktatur. Ausgerechnet der vorherige Kriegsminister Tantawi führt nun den Staat. Maikel zeigte sich auf seiner Homepage darüber besorgt, dass die Militaristen die Macht an Islamisten und arabische Nationalisten übergeben: „Wir machten diese Revolution für Demokratie, nicht für Faschisten. Nieder mit den Militaristen!“

In seinem Blog hat Maikel über die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen und politischen Einflussnahmen des ägyptischen Militärs berichtet. In seinem am 8. März 2011 veröffentlichten Beitrag Die Armee und das Volk waren niemals eins führte er detailliert aus, wie das Militär sowohl während der Revolution, als auch weiterhin nach dem Sturz Mubaraks in zahlreichen dokumentierten Fällen willkürlich Verhaftungen vornahm, folterte und Inhaftierte verschwinden ließ. Er machte zudem deutlich, dass die ägyptische Presse offensichtlich auf Druck des Militärs Nachrichten noch nachträglich veränderte.

Weitere und ausführlichere Informationen zu Maikel Nabil Sanad:

- www.maikelnabil.com
- www.dfg-vk-mainz.de
- www.dfg-vk-hessen.de
- www.connection-ev.de
- www.wri-irg.org



Rhythms of Resistance (RoR) ist ein antikapitalistisches transnationales Netzwerk von Aktivist_innen, die **Samba** als eine Form der direkten politischen Aktion begreifen. Wir unterstützen kritische und zukunftsweisende politische Aktionen und Demonstrationen und versuchen, ihnen dadurch mehr Gewicht zu verleihen. Dabei hilft uns die Energie der Rhythmen, einerseits die Teilnehmenden und die Menschen am Straßenrand in Bewegung zu bringen, aber auch unsere Anliegen zu übermitteln.

Die einzelnen Sambabands agieren dezentral, aber trotzdem kollektiv. Die Stücke, die wir spielen, sind im internationalen RoR-Netzwerk entstanden. Tunes, Breaks, Tänze und Majestriersignale werden an vielen Orten weltweit in gleicher Weise einstudiert, so dass RoR-Menschen jederzeit überall zusammen spielen können.

Hast du Lust, bei uns mitzumachen?

Donnerstag, 20 Uhr, Haus Mainusch (Staudingerweg 23, Unicampus Mainz) - Kontakt: actionsamba-rhein-main@riseup.net

Eine Brücke zwischen Palästinensern und Juden

Rheinland-Pfälzischer Friedenspreis 2011 an Frau Edith Lutz

Seit 2008 vergibt die *Arbeitsgemeinschaft Friedensgruppen in Rheinland-Pfalz* einen Friedenspreis. Näheres zu der Preisvergabe im letzten Jahr erfahren Sie auf der Homepage der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Rheinland-Pfalz (www.dfg-vk-rlp.de).

Dieses Jahr geht der Preis an Edith Lutz für ihr nachdrückliches Eintreten einer Versöhnung zwischen „Palästinensern und Juden“ mit konsequenter Gewaltfreiheit. Sie ist Mitunterzeichnerin der Berliner Erklärung Schalom 5767 (www.schalom5767.de), in der Juden in Deutschland, die seit 1967 andauernde israelische Besetzung palästinensischen Gebietes als Grundübel bezeichnen und die deutsche Regierung mit der europäischen Union unter anderem auffordern, die israelische Besatzungspolitik nicht länger zu tolerieren und kurzfristig den Boykott der palästinensischen Autonomiebehörde zu beenden.

Edith Lutz ist Mitbegründerin eines Vereins für einen therapeutischen Kindergarten in Gaza. „*Abrahams Töchter – Freunde und Förderer eines therapeutischen Kindergartens in Gaza*“, weil der Gazastreifen mit 1,5 Millionen Menschen überbevölkertes Freiluftgefängnis ist und über eine Million Flüchtlinge dort seit Jahrzehnten leben. Ohne Perspektive auf engstem Raum. Aufgrund der totalen Abriegelung und des europäischen Boykotts wird die Bevölkerung nur noch mit dem allernotwendigsten durch die UNRWA¹) versorgt. Die Kinder sind durch ständige israelische Angriffe und durch den jüngsten Bürgerkrieg zutiefst traumatisiert. Hier will der Verein helfen.

Den öffentlich sichtbarsten Ausdruck fand ihr Engagement mit zwei Versuchen, die Blockade von Gaza durch den Staat Israel zu durchbrechen. Die erste Fahrt war 2008. Damals, gemeinsam mit AktivistInnen von „*Free Gaza*“, konnten zwei Segelboote in Gaza-Stadt anlegen. Die Blockade war durchbrochen. Auch die Tagesschau berichtete über die geglückte Aktion der FriedensaktivistInnen.

Anders verlief die zweite Fahrt. Sie war im September 2010. Diesmal nicht mehr mit AktivistInnen von „*Free Gaza*“, sondern von der Gruppe „*Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*“, auf einem kleinen Katamaran, mit Namen *Irene* (Frieden),



Günther Schneider, Preisträger 2010, Aktivist gegen den Kriegsflughafen Spandahlem

wo nur Platz für zwölf Personen war. Die Fahrt wurde wesentlich von Frau Lutz initiiert. Ein größeres Schiff war eigentlich vorgesehen. Jedoch war das für die deutsche Gruppe nicht finanzierbar. Nach der missglückten Aktion von „*Free Gaza*“ im Mai

Friedensgruppen aus Rheinland-Pfalz werden auch 2011 beim Rheinland-Pfalz-Tag, der in diesem Jahr vom 27. bis 29. Mai in Prüm wieder mit Infoständen und einem Bühnenprogramm im Rahmen des Forums Frieden - Umwelt - Integration vertreten sein. Näheres demnächst unter www.dfg-vk-rlp.de

2010, gab es kein Boot mehr zu leihen. Man bat die britische Schwesterorganisation „*Jews for Justice for Palestinians*“ um Hilfe und kaufte zusammen den Katamaran. Die Menschen wollten eine symbolische Brücke zwischen „Palästinensern und Juden“ schlagen. Außer neun Passagieren, ein Teilnehmer war Holocaustüberlebender, nahmen über hundert Juden und Jüdinnen aus aller Welt symbolisch an der Fahrt teil. Ihre Namen waren auf vielen Schiffswimpeln der IRENE verzeichnet (siehe Bild). Bereits im Voraus wurden die Passagiere aus den USA, England, Deutschland und Israel von Palästinensern in Gaza willkommen geheißten. Das Boot kam aber nie in Gaza an.

Die israelische Marine hat das kleine Schiff unter Einsatz von sieben Schnellbooten und zwei Kanonenbooten in einen israelischen Hafen geschleppt. Die TeilnehmerInnen leisteten keine Gegenwehr. Wollten sie auch nicht. Das stand für sie von vornherein fest. „Wer Brücken bauen will, darf nicht auf sein Recht pochen,“ so Edith Lutz.

Die ausländischen TeilnehmerInnen wurden abgeschoben. Edith Lutz verweigerte ihre Unterschrift unter eine Erklärung zu einer Abschiebung. Sie wurde inhaftiert. Nach zwei Tagen kam sie durch Vermittlung der Bundesregierung frei und wurde ebenfalls abgeschoben. Das Boot und die wenigen Hilfsgüter sind noch vom Staat Israel beschlagnahmt.

Über das Entern des Bootes hat Edith Lutz Aufzeichnungen gemacht. Es ist lesenswert. Man findet es bei <http://www.abrahams-tochter.de>. Ein Auszug daraus, als Militär das Boot enterte:

„... *Yonatan macht Reuven* [82-jähriger Holocaustüberlebender] *Zeichen, die Mundharmonika zu spielen. Aber mir ist klar, dass Reuven dazu nicht mehr in der Lage ist. Also fange ich an zu singen. 'We shall overcome.' Und Yonatan, Lillian und andere fallen ein. Wir kommen bis zu zweiten Strophe: 'Wir haben keine Angst, wir haben keine Angst.' ... Lillian schreit: 'Seht, was sie mit dem armen Glyn machen.' ... [Es ist noch einiges über das gewaltförmige Zugreifen des Militärs, geschult wie wohl in allen Staaten, beschreiben] ... Reuven blickt verstört auf seine Mundharmonikas, die vor ihm auf dem Boden liegen, zwischen schweren Militärschießfeldern. Er kann nicht mehr sitzen bleiben, er muss aufstehen. Ich kann ihn nicht zurückhalten. Ich habe Angst, seine Emotionen könnten die Atmosphäre aufladen und Gewalt entfachen. Deshalb wende ich mich an den Soldaten, der neben ihm steht. 'Er ist nervös, er ist Holocaust-Überlebender.' [Sagt Edith Lutz und meint weiter] Naive, törichte Worte vielleicht. Aber sie schaffen es, die Atmosphäre zu verändern. Der hilflos aussehende junge Soldat nickt. Unsere Blicke treffen sich. Ein Hauch von Verständigung außerhalb der Zeit ...“*

Edith Lutz lebt in einem Dorf in der Nordeifel. Sie ist examinierte Krankenschwester und war zuletzt Lehrerin für Biologie, Englisch und Spanisch an einer Gesamtschule. Sie promovierte im Fach Judaistik über Heinrich Heine.

Der Preis wird am 29. Mai 2011 in Prüm in der Eifel an Edith Lutz verliehen.

Hans Ripper

(Hans Ripper ist Mitglied des Sprecherkreises Friedensgruppen Rheinland-Pfalz.)

¹ Aus Wikipedia: Das **Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten** (engl.: *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, kurz **UNRWA**) ist ein temporäres Hilfsprogramm der UN das seit seiner Gründung 1949 regelmäßig um drei Jahre verlängert wurde (zuletzt bis zum 30. Juni 2008). Der Hauptsitz des Hilfswerkes war zunächst Beirut, wurde 1978 aufgrund der Unruhen im Libanon nach Wien und 1996 weiter nach Gaza verlegt.

Ein Freiheitsgewinn Kriegsdienstzwang ausgesetzt – Doch Deutschland führt weiterhin Krieg

Viel später als in den westlichen Nachbarländern ist es nun auch hierzulande so weit: Im Januar 2011 wurden auf absehbare Zeit zum letzten Mal Menschen zwangsweise zu Bundeswehr oder Zivildienst einberufen, im Vorgriff auf die am 24. März vom Bundestag beschlossene Aussetzung der sogenannten Wehrpflicht¹ ab 1. Juli 2011.

Junge Männer deutscher Staatsangehörigkeit können sich über diesen Freiheitsgewinn freuen: Für absehbare Zeit werden sie nicht mehr zwangsweise entwürdigenden Musterungen unterzogen, mit der Gewissensprüfung gequält, in die Bundeswehr oder in den Zivildienst gezwungen, in Arrestzellen der Bundeswehr oder wegen ihres Widerstands gegen den Kriegsdienstzwang in Gefängnisse gesperrt.

Nur Aussetzung, nicht Abschaffung

Doch der Zwang zum Kriegsdienst ist nur ausgesetzt, nicht abgeschafft. Der deutsche Staat droht im Grundgesetz und im Wehrpflichtgesetz weiterhin Männern damit, sie gegen ihren Willen zum Kriegsdienst zu zwingen und damit ihre Rechte auf Leben, Freiheit, körperliche Unversehrtheit sowie ihre Freiheit auf Wahl von Beruf und Wohnort zu missachten. Der Staat verzichtet lediglich vorläufig darauf, diesen Anspruch durchzusetzen. Mit dem Spannungs- oder Verteidigungsfall tritt laut Gesetz der Zwang zum Kriegsdienst automatisch wieder in Kraft.

Umstrukturierung für effizientere Kriegführung

Der Kriegsdienstzwang ist nicht ausgesetzt worden, um dem Frieden näher zu kommen oder um eine gravierende Menschenrechtsverletzung zu beenden.

Zweck von Zwangsrekrutierung ist es, massenhaft Soldaten auf die Schlachtfelder zu schicken und ungeachtet riesiger Verluste Krieg führen zu können. Doch die Bundeswehr soll keine solchen Massenkriege mehr führen, sondern weltweit mit wenig Personal effizient militärisch intervenieren. Dafür wird sie verkleinert und umstrukturiert, und dafür erwies sich der Zwangsdienst als zu teuer und zu unnützlich. Zuletzt war er vor allem aus ideologischen Gründen noch beibe-

halten worden. Es fiel immer schwerer, den massiven Eingriff ins Leben junger Männer zu rechtfertigen.

Ohne Zwangsrekrutierung ist die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr eingeschränkt, denn Kriege verlaufen selten wie geplant. Gleichzeitig über viele Jahre hinweg mehrere Länder besetzt zu halten, kann ohne große Personalreserven schwierig werden, wie die USA im Irak und in Afghanistan erfahren.

Werben fürs Sterben

Für die Auslandseinsätze war die Bundeswehr schon lange auf die Anwerbung von Freiwilligen angewiesen, da die sogenannten Wehrpflichtigen dafür nicht ohne ihre Zustimmung verwendet werden durften. Die Freiwilligen waren allerdings zu etwa 40% aus den Zwangsmilitärdienstleistenden rekrutiert worden. Auf sie kann die Bundeswehr nun nicht mehr zurückgreifen. Jetzt müssen alle angeworben werden, doch schon jetzt melden sich deutlich weniger Bewerber und Bewerberinnen als vorgesehen.

Es hat sich herumgesprochen, dass der Dienst bei der Bundeswehr im wahrsten Sinn des Wortes todsicher sein kann und eben kein Job wie jeder andere ist. Aus den Auslands- und Kriegseinsätzen kehren immer mehr tot, verletzt oder traumatisiert zurück.

Umso offensiver versucht die Bundeswehr, Personal zu rekrutieren. Sie drängt immer stärker in den öffentlichen Raum. Das Werben fürs Sterben findet immer häufiger bei Jugendfestivals und Berufsbildungsmessen, in Arbeitsagenturen und Fußgängerzonen statt. Die Bundeswehr besucht nicht nur Schulen, sondern nimmt über spezielle Kooperationsabkommen mit den Bildungsministerien sogar darüber hinaus Einfluss auf die Lehrerfortbildung. Auch ohne den gesetzlichen Zwang können Armut, berufliche Perspektivlosigkeit und Naivität dazu verleiten, zum Militär zu gehen.

Widerspruch gegen Militärerfassung möglich

Um Jugendliche fürs Militär zu werben, wird die bisherige Militärerfassung fortgeführt und auch erstmals auf weibliche Ju-

gendliche ausgedehnt. Das bedeutet, dass die Meldebehörden Daten über alle Jugendlichen deutscher Staatsangehörigkeit kurz vor ihrer Volljährigkeit an die Bundeswehr weiterleiten, damit sie von der Bundeswehr angeschrieben werden können. Wer das verhindern will, kann von vornherein gegenüber der Meldebehörden dieser Datenübermittlung ans Militär widersprechen. Damit kann jeder und jede auch ein Zeichen gegen Krieg setzen. So bald wie möglich werden wir auf unseren Homepages ein Widerspruchsfeld zur Verfügung stellen.

Kriegsdienstverweigerung bleibt aktuell

Soldaten und Soldatinnen, die erst im Lauf ihres Militärdienstes den Wunsch entwickeln, dem Militär wieder zu entinnen, können weiterhin einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen stellen.

Deutsche Doppelstaater konnten bisher durch Ableistung des Zivildienstes in Deutschland dem Militärdienst im jeweils anderen Staat entgehen. Die Aussetzung des Kriegsdienstzwangs in Deutschland bringt für sie neue Probleme.

Auch außerhalb von Militär- und Militärsersatz wird im zivilen Arbeitsleben mit vielen Tätigkeiten Krieg unterstützt. Mit den Notstandsgesetzen können fast alle für den Krieg dienstverpflichtet werden.

Sich selbst dem Krieg und dem Kriegsdienst in jeder Form zu verweigern und dem Militär das Personal zu entziehen, ist und bleibt für alle, die das Verbrechen des Krieges beseitigen wollen, ein zentrales Anliegen.

Weltweit werden in zahlreichen Staaten Menschen nach wie vor zum Kriegsdienst gezwungen. Sie benötigen solidarische Unterstützung. Menschen, denen es gelingt, vor Krieg und Kriegsdienstzwang in ein anderes Land zu flüchten, brauchen Asyl und Unterstützung.

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung ist immer noch nicht anerkannt, weder international noch national. Kriegsdienstverweigerung bleibt also in vielfacher Hinsicht aktuell.

XMR

¹ *Wehrpflicht* und *Wehrdienst* und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte **Wehrdienstleistende** schon viele Angriffskriege geführt. Das gilt vor allem für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. **Wehrdienst** leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich gegen die Zwangsrekrutierung zum Militär erfolgreich zu wehren. Wehrdienst und davon abgeleitete Begriffe sind also sachlich unzutreffende und realitätsverschleiende Propagandabegriffe.

Islam und Islamismus

Eine Herausforderung für die Friedensbewegung

Über den Islam wird unter den verschiedensten Gesichtspunkten diskutiert. Innenpolitisch wird darüber gestritten, ob „der Islam“ zu Deutschland gehört, auf Landesebene suchen die Regierungen nach Wegen, die Kirchenprivilegien wie den konfessionellen Religionsunterricht auf die islamischen Verbände auszuweiten und preisen dies als Schritt zu einer besseren Integration: Abendlandsschützer treten auf den Plan und sehen den Untergang aufgrund der Einwanderung aus islamisch geprägten Ländern voraus. Unter den umstrittensten außenpolitischen Themen sind ebenfalls mehrere mit einer islamischen Komponente. Ob nun jedes Problem das unter dem Aspekt „Islam“ erörtert wird, dadurch besser verstanden oder gar gelöst werden kann, sei dahingestellt. Aber das Thema hat zweifelsohne eine größere Bedeutung als vor einer Generation, was für alle politisch Aktiven eine Beschäftigung damit sinnvoll erscheinen lässt.

Grund genug für das Bildungswerk der DFG-VK Hessen sich mit dem Themenkomplex „Islam und Islamismus“ zu befassen. In einem zweiteiligen Seminar setzten sich 2010 acht Referentinnen und Referenten mit jener „Herausforderung für die Friedensbewegung“ auseinander. Die DFG-VK knüpfte damit an ihr Seminar von 1998 an – das also stattfand, lange bevor das Phänomen des Islamismus ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gelangte. Damals wie heute gibt es in der Friedensbewegung zwei unterschiedliche Herangehensweisen: Auf der einen Seite steht die Vorstellung der Universalität der Menschenrechte und eine grundsätzlich religionskritische Haltung. Auf der anderen Seite wird in erster Linie gesehen, dass es derzeit in der westlichen Welt Tendenzen gibt, den Islam als neues Feindbild aufzubauen, und dass in Deutschland Menschen aus islamischen Ländern ausgegrenzt und benachteiligt werden. Diesen Dissens aufzulösen, ist dem Seminar erwartungsgemäß nicht gelungen, so blieb zum Beispiel der Begriff „Islamophobie“ umstritten. Trotzdem brachten die Vorträge interessante Erkenntnisse und führten zu lebhaften Diskussionen.

Differenzen und Anknüpfungspunkte

In den Referaten wurde einerseits herausgearbeitet, welche mit Hinweis auf den Islam begründeten Positionen Konfliktpotential bergen. So zeigte Gernot Lennert, dass es



in der Geschichte des Islams zwar immer wieder aufklärerische Strömungen gegeben hat, die sich jedoch nicht durchsetzten.

Am Beispiel Indonesien stellte Jürgen Florian dar, welche Rolle der Islam in lokalen Konflikten spielt. Der Islam in Indonesien wurde weniger streng ausgelegt und brachte vielfältige Formen der Ausübung hervor (auch wenn in letzter Zeit ein Trend zu beobachten ist, sich an rigideren Formen aus arabischen Ländern zu orientieren.). Die Vorstellung von „Gemeinschaft“ ist auch dort sehr stark und wer von religiös begründeten Normen abweicht, kann Schwierigkeiten bekommen. Eindrucksvoll war in dieser Hinsicht das Beispiel eines mutmaßlich homosexuellen Friseurs. Als Jürgen Florian die Ortschaft wieder besuchte, war dessen Salon geschlossen. Auf seine Nachfrage, warum der Barbier denn nicht mehr da sei, erhielt er die nur vage Antwort, dieser habe halt nicht ins Dorf gepasst.

Joachim Schönert, Redakteur der Zeitschrift *LUST*, hatte bereits zuvor die Homosexuellenfeindlichkeit in islamischen Ländern und in muslimischen Communities in Europa erläutert. In der Diskussion berichtete eine Frau, dass sie mehrfach damit konfrontiert war, dass Muslimas, mit denen sie vorher gut zusammengearbeitet hatte, ihr Verhalten ihr gegenüber änderten, sobald sie mitbekamen, dass sie lesbisch ist. Sie habe gespürt, wie stark sie in der Achtung dieser Frauen gesunken sei.

Es ließen sich andererseits auch Anknüpfungspunkte für emanzipatorische Ansätze im Islam finden, wie Bruno Weil anhand von

Beispielen, u.a. aus Algerien und dem Sudan verdeutlichte. Dabei seien es gerade Gruppen, die von der islamischen Orthodoxie abweichen, die sich als Ansprechpartner für die Friedensbewegung anbieten. In der Diskussion war umstritten, ob dies wirklich in allen vorgestellten Fällen anzunehmen sei.

Ein weiterer Beitrag machte anhand deutschsprachiger Blogs und Moscheebaugegner deutlich, dass nicht jede Form von Islamkritik im Dienste der Aufklärung steht. Diese Zwiespältigkeit von gegen den Islam gerichteten Maßnahmen zeigte sich auch im Referat von Hidir Karademir über den „Laizistischen Staat Türkei und den Einfluss der Islamisten“. Denn in der Türkei wurde der Schritt in die Moderne und die damit verbundene Loslösung vom islamischen Staatsverständnis unter Atatürk mit

aller Staatsgewalt durchgesetzt. Das Militär garantierte lange Zeit das laizistische Staatsprinzip, verhinderte aber gleichzeitig die Ausbildung demokratischer Gesellschaftsstrukturen, die langfristig eine säkulare Gesellschaft hätten sichern können. Stattdessen wurde die fortschrittliche Verfassung von 1960 zunehmend ausgehöhlt. Nach dem Militärputsch von 1980 fand dann die *Türkisch-Islamische Synthese* Einzug in die Staatsdoktrin. Damit, so der türkischstämmige SPD-Politiker, sei die Tür für den wachsenden Einfluss der gemäßigten Islamisten geöffnet worden. Gleichwohl ging Karademir davon aus, dass eine Radikalisierung in der Türkei nicht zu erwarten sei. Denn auch islamistische Politiker genießen mittlerweile die Vorzüge einer halbwegs offenen Gesellschaft und zeigen wenig Neigung, die Scharia als Grundlage des Zusammenlebens einzuführen.

Kreuzzug und Dschihad

Die Folgeveranstaltung stellte dann zwei Konzepte religiös begründeter Gewalt gegenüber: Kreuzzug und Dschihad. Gernot Lennert führte aus, dass sich die Kreuzzugsidee nicht in der Bibel finde, Kreuzzug sei eine besondere Kriegsform der katholischen Kirche im Mittelalter gewesen. Der gerechte Krieg (*bellum iustum*) wurde zum von Gott angeordneten Krieg (*bellum Deo auctore*) gesteigert. Kreuzzüge richteten sich dabei nicht nur gegen die islamische Herrschaft über das „Heilige Land“, sondern schon bald gegen orthodoxe Christen sowie Ketzer und Unbequeme in Europa. In der islami-

schen Welt hinterließen die Kreuzzüge keinen nachhaltigen Eindruck. Erst als die Europäer im 19. Jahrhundert als Kolonialherren zurückkamen, nun wirtschaftlich, technisch und militärisch überlegen, wurde den Kreuzzügen rückwirkend neue Bedeutung beigegeben. Seitdem ist „Kreuzzügler“ in der islamischen Welt ein politischer Kampfbegriff.

Mit dem Machtniedergang der katholischen Kirche im Spätmittelalter gingen die Kreuzzüge zu Ende. In der westlichen Welt überlebte der Begriff Kreuzzug im übertragenen Sinn und wird heute inflationär verwendet bis hin zu „Kreuzzügen“ für Tierrechte oder gegen Missbrauch durch Priester. Fundamentalisten beziehen sich i.d.R. auf die Basisschriften einer Religion. Die in der Bibel unerwähnten Kreuzzüge sind für heutige christliche fundamentalistische Strömungen

unwichtig.

Anders ist dies im Islam. Der Koran kennt den Dschihad. Die Religionswissenschaftlerin Vera Wawrzyniak betonte, dass Dschihad zunächst tatsächlich als Teilnahme an den Feldzügen zur Verbreitung des Islams zu verstehen sei, als Kampf gegen die Ungläubigen. Später tritt die Bedeutung „Bemühung, Anstrengung“ hinzu, die nicht militärisch gemeint sein muss und an Suren der mekkanischen Zeit Muhammads anknüpfen kann. Anhand des Bildes der „Ungläubigen“ zeigte die Inhaltliche Koordinatorin der AG Frauenrechte und Religion bei Terre des Femmes, dass mit dem Monotheismus ein religiöser Chauvinismus einzog, der zur grundsätzlichen Abwertung der Andersgläubigen führte. Die ihnen im Koran und den Überlieferungen zugeschriebenen Eigenschaften erinnern an islamistische Propaganda gegen

den Westen: Sie seien materialistisch und diesseitsorientiert, stellten kritische Fragen und vertrauten auf naturwissenschaftliches Wissen.

Die Teilnahme am Dschihad ist nicht nur Pflicht eines guten Muslim, wer keine Begeisterung für den Kampf gegen die Ungläubigen zeigt, dessen Glaubensstärke wird in Frage gestellt, er wird als potentieller Heuchler angesehen. Der Kämpfer zählt mehr als der Verweigerer.

Als vorläufiges Fazit wurde in der Abschlussdiskussion festgehalten, dass der Dschihad dem Islam inhärent ist, die Kreuzzugsideologie dem Christentum hingegen nicht zwingend. Deshalb fällt es islamischen Fundamentalisten leichter, das Konzept des Dschihad zu reaktivieren, so dass es heute noch politische Relevanz hat.

Gunnar Schedel

*Die Seminarbeiträge von 1998 sind im Buch **Salam oder Dschihad?** im Alibri-Verlag erschienen. Erhältlich im Buchhandel und an DFG-VK-Ständen. Auch die Vorträge des Seminars von 2010 werden vom Alibri-Verlag veröffentlicht: www.alibri-buecher.de, www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk*

Gedenken und Gedanken zum 30. Todestag von Erwin Tinz

Am 11. Dezember 2010 gedachten wir im Rahmen einer kleinen Kundgebung in der Mainzer Innenstadt unseres Mitbürgers Erwin Tinz

Die Vorgeschichte des Menschen Erwin Tinz ist weitgehend unbekannt. In seiner Wahlheimat Mainz lebte er als wohnungsloser Nomade im städtischen Raum. Sein angestammter Platz war vor dem Mainzer Theater. In kalten Nächten legte sich Erwin auf den warmen Abluftschächten eines benachbarten Kaufhauses zum Schlafen.

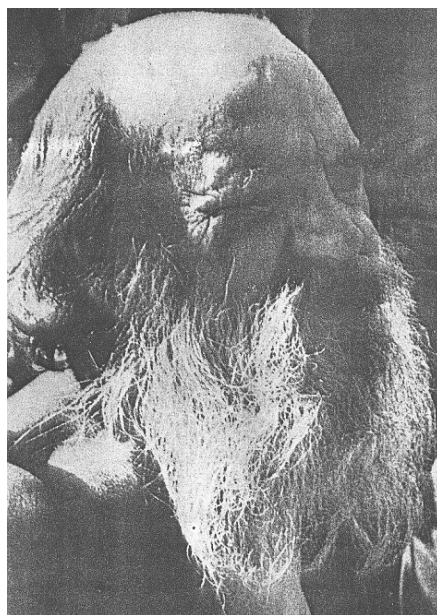
Als Charakter war Erwin vielen Mainzern eine bekannte Persönlichkeit. Er hatte keine Berührungängste, sondern legte seinen Mitmenschen gegenüber eine durchaus offene und kommunikative Art an den Tag. Erwin ergänzte durch seine Präsenz das Stadtbild um einen wichtigen Aspekt.

Er versteckte seine Armut nicht. Er war im Grunde eine tägliche Herausforderung an das solidarische Sozialverhalten seiner Mitmenschen.

Am Donnerstag Nachmittag des 11. Dezember 1980, wurde Erwin von der Mainzer Polizei abgeholt. Seine Krücken und sein Einkaufswagen mit seinem spärlichen Hab und Gut blieben vor dem Theater zurück. Die Polizei fuhr Erwin weit über die Stadtgrenze hinaus, bis nach Nackenheim.

Auf einem Nackenheimer Weinbergsweg wurde er am nächsten Morgen tot aufgefunden.

Es tun sich Widersprüche in dieser Geschichte auf. Einerseits, das fröhlich-familiär gestimmte bunte Treiben auf dem Weihnachtsmarkt. Andererseits das einsame iso-



lierte Leid und Sterben eines Mitbürgers.

Zu diesem Vorgang gibt es viele Fragen:

- Warum wurde Erwin Tinz abgeholt?
- Warum wurde Erwin Tinz im städtischen Raum nicht geduldet?
- Warum brachte man ihn so weit weg, bis über die Stadtgrenzen hinaus?

Das Gerichtsverfahren endete nach zwei Instanzen mit Geldstrafen gegen drei Polizisten von je 40 Tagessätzen wegen Freiheitsberaubung. Das Gericht verneinte die Kausalität zwischen der unmenschlichen Handlungsweise der Polizisten und dem Tod unseres

Mitbürgers Erwin Tinz.

Erwin Tinz wurde Opfer einer Vertreibungspraxis, die weltweit im städtischen Raum zu beobachten ist.

Vielfach wird das städtische Leben bloß noch auf Warenkonsum, der Erbringung von Lohnarbeit und kommerzialisiertem Tourismus ausgerichtet. Unangepasstes Verhalten wird bestraft. Dies trifft aber nicht nur auf wohnungslose Menschen zu, sondern auf alle Menschen, die sich nicht allein durch das erwünschte verwalterische Raster der Regierenden erfassen lassen.

Warum scheint kein Platz für Menschen wie Erwin Tinz in unserer gesellschaftlichen Mitte da zu sein?

Obwohl doch alle EinwohnerInnen diesen Sozialen Platz des öffentlichen Raums selbst bestimmt mitgestalten können?

Nicht konsequent zu Ende gedachte und unverantwortliche Übergriffe der Polizei stoßen die Tür auf, für Gewalt durch Neonazis gegenüber Obdachlosen und anderen schwachen Minderheiten.

Wir können etwas tun.

Lasst uns nachdenken und miteinander diskutieren.

ARAK-Mainz (Antirassistischer Arbeitskreis Mainz)

DFG-VK-Mainz (Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen)

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org

Beratung

für Verweigerer(-innen) aus den USA:

Military Counseling Network (MCN): Hauptstr. 1,
69245 Bammental, Tel. + Fax 06223-477 91,
mcn@dmfk.de, www.getting-out.de

Iraq Veterans Against the War, IVAW-Europe/Germany:
Chris Capps-Schubert, Hanau, Tel. 06181-610 4747,
ivaw.europe@gmx.net

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

**Die DFG-VK unterstützt alle
Menschen die das Militär
verlassen wollen!**

Pazifissimus

Die Radiosendung der DFG-VK Wiesbaden und der
DFG-VK Mainz

Pazifissimus läuft im Rahmen des Programms von Radio
Quer.
Besonderste Sendetermine der DFG-VK-Radiosen-
dung:

*Mittwoch, 27. April, Mittwoch, 11. Mai
Mittwoch, 25. Mai, Mittwoch, 8. Juni
Mittwoch, 22. Juni, Mittwoch, 6. Juli
Mittwoch, 20. Juli, Mittwoch, 3. August*

Jeden zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden
Kalenderwochen).

Zu hören auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz
UKW 92,5 MHz im Raum Wiesbaden/Mainz

über Kabel: Wiesbaden 99,85 Mhz; Mainz 102,7 Mhz
übers Internet: www.radio-rheinwelle.de

Die Sendetermine sind zu finden unter:
www.dfg-vk-mainz.de

**Friedlich denken allein ändert
nichts.**

Werde Mitglied!

**Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Sektion der War Resisters' International (WRI)**

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

**Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-
Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:** Mühl-
gasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,
www.dfg-vk-hessen.de, dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Angelika Jürgensonn-Korjenic,
Wiesenstr. 5, 56656 Brohl-Lützing.

Tel. 0 26 36/80 81 07, angelika62de@yahoo.de

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber
DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel,
Hangstr. 3, 63768 Hösbach. Tel. + Fax 0 60 21/58 17
34 (Alibri-Verlag),
verlag@alibri.de

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz:
c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,
55543 Bad Kreuznach. juergenlocher@superkabel.de,
Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer,
Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.
DFGVKDarmstadt@aol.com,
www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 19.30 Uhr, ehemalige Bes-
senger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,
dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, meist montags 19
h. Genauen Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung: 1. Montag im Mo-
nat 18 h und nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,
61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Hanau: c/o Meike + Chris Capps-Schubert, Kastanien-
allee 32, 63454 Hanau. Tel. 0 61 81/6 10 47 47,
ivaw.europe@gmx.net, netivaw.europe@gmx.net

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77,
35578 Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2,
55116 Mainz. *Gruppentreffen:* 1. Montag im Mo-
nat, 19.30 h, dfgvkmz@web.de,
www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.
Tel. 0 64 21/2 17 83, dfgvk@lahn.net,
www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr. 6.
Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Maga-
zin für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wieder-
holung in der jeweils folgenden Woche um 15 h
bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4,
63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,
office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,
67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,
dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfitzenstr. 1,
54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30,
65193 Wiesbaden. Tel. 06 11/9 10 36 66,
peter.silbereisen@web.de

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter www.dfg-vk-mainz.de/links/fl55

„Militär gehört abgeschafft!“ Das monatliche Kurzhörspiel in Radio und Internet

„Militär gehört abgeschafft!“- ein klarer
Standpunkt, den die gut informierte Friederike
vertritt; Anton – nicht so gut informiert –
stellt oft dumme Fragen, aber auf die UN
läßt er nichts kommen. Dieses monatlich ver-
öffentlichte Gespräch unter dem Namen
„Friederikes Wi(e)dersprüche – politische
Randbemerkungen zu aktuellen Themen“
bringt brisante Friedensfragen einem großen

Kreis von Menschen nahe; es ist aktu-
ell, informativ, unterhaltsam
und stellt besonders
Zusammenhänge
dar.

Bei Radio Quer
wird es in der Sen-
dung „Pazifissimus“
gesendet.



**Alle Sendungen seit Mai 2002 gibt es unter:
www.militaer-gehoert-abgeschafft.de**

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Gruppe Mainz

c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag im Monat 19:30 Uhr
Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK, sowie die Zeitschrift
Graswurzelrevolution sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,
Frauenlobstr.40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Martinsstraße 2, Mainz - April 2011